

GÖD

Gesundheitsgewerkschaft



**Gesundheits- und
Pflegerereform jetzt!**
Es ist höchste Zeit.

+++ REFORMEN KÖNNEN NICHT LÄNGER WARTEN +++ PFA-KOMPETENZERWEITERUNG +++



Reformen können nicht länger warten

Ein offener Brief an die Bundesregierung, die Landeshauptleute und Landesregierungen, die Abgeordneten des Nationalrates und der Landtage, die Mitglieder des Bundesrates sowie an alle Abgeordneten der Oppositionsparteien!

Sehr geehrte Damen und Herren,

wer in diesen Tagen die Debatten rund um die Gesundheits- und Pflegereform verfolgt, gewinnt den Eindruck, dass vor allem über Zuständigkeiten, Finanzierungsmodelle und Machtfragen diskutiert wird. Der Bund verweist auf die Länder. Die Länder verweisen auf den Bund. Regierungsparteien verweisen auf schwierige Rahmenbedingungen. Oppositionsparteien kritisieren Versäumnisse der Regierung.

Währenddessen warten die Menschen, die unser Gesundheits- und Pflegesystem Tag für Tag am Laufen halten, auf Lösungen.

Die Beschäftigten in den Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Ambulanzen, mobilen Diensten und Rehabilitationszentren können nicht länger warten. Sie haben in den vergangenen Jahren Personalengpässe ausgeglichen, zusätzliche Dokumentationspflichten übernommen, immer komplexere Versorgungsaufgaben bewältigt und dabei oft die eigenen Belastungsgrenzen überschritten.

Heute sind viele von ihnen ausgebrannt, ausgelaugt und erschöpft.

Und dennoch scheint die seit Jahren angekündigte große Gesundheits- und Pflegereform weiter auf sich warten zu lassen.

Die aktuelle Diskussion zwischen Bund und Ländern zeigt exemplarisch, woran Österreich seit Jahrzehnten krankt.

Statt einer gemeinsamen Strategie erleben wir erneut Debatten darüber, wer steuern soll, wer finanzieren soll und wer welche Kompetenzen abgeben müsste. Dabei ist die eigentliche Frage längst: Wie lange kann sich Österreich noch leisten, notwendige Reformen weiter aufzuschieben?

Eines ist unbestritten: Die finanziellen Spielräume werden enger. Wir wissen, dass gespart werden muss. Niemand im Gesundheits- und Pflegebereich lebt in der Illusion unbegrenzter Budgets. Aber **Sparen ist nicht automatisch Reformieren.**

Wer an Personal spart, notwendige Investitionen in Ausbildung, Versorgung und Arbeitsbedingungen verschiebt, spart nicht nachhaltig. Wer Verantwortung auf Beschäftigte verlagert, ohne gleichzeitig Qualifikation, Perso-

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 18.8.2026

IMPRESSUM

„GÖD Gesundheitsgewerkschaft“ ist die Zeitschrift der GÖD-Gesundheitsgewerkschaft. Herausgeber: Gewerkschaft Öffentlicher Dienst. Medieninhaber und Verleger: GÖD Wirtschaftsbetriebe GmbH, Teinfaltstraße 7, 1010 Wien. Chefredaktion und für den Inhalt verantwortlich: Reinhard Waldhör, 1010 Wien, Teinfaltstraße 7, Tel.: 01/53454-218, E-Mail: gesundheitsgewerkschaft@goed.at. Konzeption, Redaktion, Produktion: Modern Times Media Verlagsges.m.b.H., Lagergasse 6/2/35, 1030 Wien, Tel.: 01/513 15 50. Hersteller: Druckerei Berger, A-3580 Horn, Wienerstraße 80. Verlagsort: Wien. Herstellungsort: Horn. DVR-Nr.: 0046655. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der Autorin/des Autors dar, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken muss. Alle Artikel dieser Ausgabe: Reinhard Waldhör ©GÖD – Gewerkschaft Öffentlicher Dienst. Text und Design des vorliegenden Druckwerks sind urheberrechtlich geschützt. Jeder Missbrauch wird geahndet.

nalressourcen und Entlohnung anzupassen, spart nicht nachhaltig.

Die eigentliche Krise unseres Systems ist längst keine Finanzierungsfrage mehr, sondern eine Personalfrage.

Das Regierungsprogramm enthält viele richtige Ziele: bessere Arbeitsbedingungen, Personaloffensiven, Bürokratieabbau, stärkere Primärversorgung, bessere Pflegeversorgung und eine nachhaltige Absicherung des Systems. Vieles davon wird seit Jahren angekündigt. Zu wenig kommt bislang bei den Beschäftigten an.

Was weiterhin fehlt, ist ausreichend Personal. Es fehlen verbindliche Personalstandards, planbare Dienstzeiten und wirksame Maßnahmen gegen Arbeitsverdichtung. Es fehlen echte Entlastungen im Alltag.

Deshalb reicht es nicht mehr aus, immer neue Reformgruppen einzusetzen, Arbeitskreise zu gründen oder Zuständigkeitsdebatten zu führen.

Unser Appell richtet sich ausdrücklich an ALLE politischen Fraktionen, nicht nur an die Bundesregierung und die Regierungsparteien.

Nahezu jede politische Kraft in Österreich war in den vergangenen Jahrzehnten entweder auf Bundesebene oder in den Ländern an Regierungsverantwortung beteiligt. **Die Probleme unseres Gesundheits- und Pflegesystems sind nicht über Nacht entstanden.** Sie sind das Ergebnis vieler Jahre vertagter Entscheidungen, verschobener Reformen und politischer Kompromisse.

Und ebenso richtet sich dieser Appell an die Landeshauptleute aller Bundesländer.

Gesundheit und Pflege dürfen nicht länger Spielball regionaler Interessen sein. Natürlich haben die Länder Verantwortung für die Versorgung ihrer Bevölkerung. Aber die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitswesen erwarten zu Recht, dass endlich das Gesamtinteresse des Systems vor Einzelinteressen gestellt wird.

Patientinnen und Patienten interessiert nicht, ob eine Zuständigkeit beim Bund, beim Land oder bei einem Sozialversicherungsträger liegt. Die Beschäftigten in Gesundheit und

Pflege interessiert es nicht, welche politische Ebene gerade eine Kompetenz verteidigt. Sie wollen schlicht ausreichend Personal, funktionierende Strukturen und Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, ihren Beruf gut auszuüben.

Die Wahrheit ist unbequem, aber sie muss ausgesprochen werden:

Die Beschäftigten können die fehlenden Reformen nicht länger kompensieren. Sie können nicht dauerhaft Personalengpässe auffangen. Sie können nicht dauerhaft politische Versäumnisse ausgleichen. Sie können nicht dauerhaft jene Lücken schließen, die durch jahrelanges Aufschieben entstanden sind.

Die Belastungsgrenze ist vielerorts erreicht. Teilweise längst überschritten. Es braucht den Mut, Verantwortung zu übernehmen. Über Parteigrenzen, Ländergrenzen und Zuständigkeitsgrenzen hinweg.

Nicht irgendwann.

Jetzt.

Denn die Frage ist längst nicht mehr, ob wir uns Reformen leisten können.

Die entscheidende Frage lautet:

Können wir es uns noch leisten, weiter auf sie zu warten?



Reinhard Waldhör
Vorsitzender der
GÖD-Gesundheitsgewerkschaft
gesundheitsgewerkschaft@goed.at

Was fehlt noch für unsere Kolleginnen und Kollegen?

Regierungsprogramm 2025–2029: viele Ankündigungen und zu wenig spürbare Entlastung im Gesundheits- und Pflegealltag

Die Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich halten Spitäler, Pflegeeinrichtungen, mobile Dienste, Ambulanzen, Reha-Einrichtungen und viele weitere Bereiche am Laufen. Das Regierungsprogramm enthält zahlreiche Vorhaben, die genau diese Kolleginnen und Kollegen entlasten sollen.

Einige Schritte wurden gesetzt. Besonders wichtig ist die Aufnahme der drei Pflegeberufe aus dem Gesundheits- und Krankenpflegegesetz (GuKG) in die Schwerarbeitsverordnung ab 1. Jänner 2026. Erfasst sind diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegepersonen, Pflegefachassistentinnen und Pflegefachassistenten sowie Pflegeassistentinnen und Pflegeassistenten; auch Teilzeitkräfte ab fünfzig Prozent Beschäftigungsausmaß können profitieren. Das ist ein Erfolg, aber noch keine vollständige Lösung.

Schwerarbeit: Wichtiger Schritt, aber noch nicht genug

Bei der Anerkennung von Pflege als Schwerarbeit bleiben wesentliche Fragen offen. Kolleginnen und Kollegen in angrenzenden Bereichen finden sich in der bisherigen Umsetzung nicht umfassend wieder. Sie brauchen im Schichtdienst drei Arbeitstage mehr, um zur Schwerarbeitsanerkennung zu kommen.

Auch die breitere Reform der Schwerarbeitsregelung ist nicht abgeschlossen. Im Regierungsprogramm war von Überarbeitung, Objektivierung und Entbürokratisierung die Rede. Es braucht klare Kriterien, weniger Einzelfallbürokratie und die gerechte Anerkennung körperlicher und psychischer Belastung.

Kein Sparen zulasten der Versorgung

Gleichzeitig steht Österreich vor schwierigen finanzpolitischen Entscheidungen. Deshalb

braucht es einen besonders verantwortungsvollen Umgang mit Einsparungen im Gesundheits- und Pflegebereich.

Wer in Gesundheit und Pflege unter dem Gesichtspunkt kurzfristiger Budgetentlastung spart, ohne strukturelle Verbesserungen zu schaffen, riskiert am Ende Einsparungen, wo Menschen den Staat am dringendsten brauchen: bei chronisch Kranken, bei Pflegebedürftigen, bei allen Patientinnen und Patienten.

Die Folgen treffen jene Beschäftigte, die schon heute an der Belastungsgrenze arbeiten. Wenn offene Stellen nicht nachbesetzt werden, der Dokumentationsaufwand steigt, Dienstpläne instabil sind und notwendige Reformen verschoben werden, erhöht das den Druck im Arbeitsalltag. Deshalb müssen Budgetmaßnahmen mit echten Verbesserungen verbunden werden: effizientere Strukturen, weniger Bürokratie, bessere Arbeitsbedingungen, moderne Versorgung und eine nachhaltige Personaloffensive. Die Versorgung muss langfristig abgesichert und jene Menschen entlastet werden, die das System tragen.

Gesundheitsversorgung: Wartezeiten, Kassenstellen, Primärversorgung

Auch im Gesundheitsbereich sind viele Vorhaben offen. Das Regierungsprogramm spricht von besserer Primärversorgung, Versorgungspfaden, Online-Terminbuchungen, Telemedizin und einer stärkeren Systemsteuerung.

Beschlossen wurden zwar Gesundheitsreformfonds zur Stärkung der Versorgung – sie ersetzen aber keine konkrete Personaloffensive, verbindliche Wartezeitenziele und den flächendeckenden Ausbau von Kassenstellen oder Primärversorgungseinheiten.

Für Beschäftigte heißt das: Wenn Patientinnen und Patienten zu lange auf Termine warten,

landen sie oft in Ambulanzen und Spitälern, wo der Druck auf das Personal weiter steigt. Eine echte Entlastung der Spitäler gelingt nur, wenn der niedergelassene Bereich, mobile Dienste und Primärversorgung ausgebaut werden.

Personal: Die entscheidenden Punkte

Ohne ausreichend Personal wirken alle diese Punkte nur begrenzt. Was die Kolleginnen und Kollegen brauchen, sind:

- verbindliche Personalbemessung,
- planbare Dienstzeiten,
- bessere Nachtdienstregelungen,
- weniger Dokumentationsaufwand,
- schnellere Nostrifizierung und Anerkennung,
- bessere Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten und
- echte Entlastung im Alltag.

Die Schwerarbeitsregelung erkennt Belastung am Ende des Erwerbslebens an. Notwendig ist aber auch Entlastung während des Berufslebens.

Keine zusätzliche Bürokratie durch Digitalisierung

Mit Änderungen bei ELGA, Gesundheitstelematik und Diagnosecodierung wurden weitere Digitalisierungsschritte beschlossen. Digitalisierung darf

aber nicht mehr Dokumentation, mehr Kontrolle und weniger Zeit für Patientinnen und Patienten bedeuten.

Unser Fazit

Das Regierungsprogramm enthält viele richtige Überschriften. Einige erste Schritte wurden gesetzt, es fehlt aber noch der entscheidende Durchbruch.

Was noch fehlt:

1. eine vollständige und faire Schwerarbeitsregelung für alle belasteten Berufsgruppen
2. eine verbindliche Personaloffensive mit Personalbemessung
3. bessere Arbeitsbedingungen und planbare Dienste
4. der Ausbau mobiler, teilstationärer und stationärer Pflegeangebote
5. eine nachhaltige Pflegefinanzierung
6. weniger Bürokratie statt neuer Belastungen
7. eine Gesundheitsversorgung, die Spitäler und Ambulanzen wirklich entlastet

Die Kolleginnen und Kollegen haben nicht nur Anerkennung verdient. Sie brauchen konkrete Verbesserungen.

Jetzt.

Schon wieder PFA-Kompetenzerweiterung ohne Ausbildungserweiterung?

Warum die diskutierten Änderungen für Pflegefachassistenz und DGKP kritisch zu sehen sind.

Die geplante Erweiterung des Tätigkeitsbereichs der Pflegefachassistenz (PFA) wird politisch vor allem mit einer Entlastung des gehobenen Dienstes für Gesundheits- und Krankenpflege (DGKP) begründet. Kritiker sehen darin jedoch weniger eine qualitative Weiterentwicklung der Pflegeberufe als vielmehr den Versuch, Versorgungslücken kostengünstiger zu schließen – mit möglichen Folgen für Mitarbeiter:innen und Patientensicherheit. Im Mittelpunkt stehen Tätigkeiten wie erweitertes

Medikamenten- und Infusionsmanagement, das Absaugen in instabilen Situationen oder andere komplexe pflegerische Maßnahmen. Diese Aufgaben sind bisher bewusst dem gehobenen Dienst vorbehalten, da sie klinische Einschätzung, hohe Verantwortung und Notfallkompetenz erfordern.

Fragliche Entlastungswirkung

Die behauptete Entlastung der DGKP erscheint nur bedingt nachvollziehbar. Österreichweit stehen rund 9.000 Pflegefachassistent:innen

etwa 120.000 diplomierten Gesundheits- und Krankenpfleger:innen gegenüber. Bereits aufgrund dieser Zahlen ist fraglich, wie eine Kompetenzverschiebung auf die vergleichsweise kleine Berufsgruppe der PFA eine spürbare Entlastung des Gesamtsystems bewirken soll.

Die eigentlichen Ursachen der Belastung – Personalmangel, Arbeitsverdichtung, fehlende Dienstposten, hohe Fluktuation und steigende Multimorbidität der Patient:innen – werden dadurch nicht beseitigt. Vielmehr entsteht der Eindruck, dass bestehende Versorgungsprobleme durch günstigere Berufsgruppen kompensiert werden sollen.

Mehr Verantwortung ohne ausreichende Ausbildung

Die vorgesehenen Tätigkeiten sind keine bloßen technischen Handgriffe. Medikamenten- und Infusionsmanagement oder das Absaugen in instabilen Situationen können schwerwiegende Folgen haben und verlangen die Fähigkeit,

- Gesundheitsveränderungen frühzeitig zu erkennen,
- Komplikationen einzuschätzen,
- Nebenwirkungen zu beurteilen,
- Notfallsituationen zu bewältigen und
- eigenständige klinische Entscheidungen zu treffen.

Die derzeitige zweijährige PFA-Ausbildung vermittelt jedoch vor allem standardisierte und delegierbare Tätigkeiten. Vertiefte Pharmakologie, umfassendes klinisches Assessment, Akut- und Intensivpflegekompetenzen sind darin nicht in jenem Ausmaß enthalten, das für diese Aufgaben erforderlich wäre.

Forderung nach modularer Zusatzausbildung

Die GÖD-Gesundheitsgewerkschaft fordert daher, jede nachhaltige Kompetenzerweiterung zwingend mit einer Ausbildungserweiterung zu verbinden. Vorgeschlagen wird ein modulares Ausbildungssystem auf Basis der bestehenden Grundausbildung. Solche Zusatzmodule sollten unter anderem umfassen:

- vertiefte Pharmakologie,
- erweitertes klinisches Assessment,
- Akut- und Notfallmanagement,
- Infusions- und Medikamentensicherheit,
- zusätzliche Praxisausbildung,

- Training kritischer Situationen sowie
 - rechtliche Grundlagen und Haftungsfragen.
- Nur so können erweiterte Aufgaben fachlich sicher und verantwortungsvoll übernommen werden.

Verantwortung muss anerkannt werden

Wer dauerhaft komplexere Tätigkeiten übernimmt und zusätzliche klinische Verantwortung trägt, erfüllt faktisch eine erweiterte berufliche Rolle. Dies muss sich nicht nur in der Ausbildung, sondern auch in der Entlohnung widerspiegeln. Eine Kompetenzerweiterung ohne finanzielle Anerkennung würde das Risiko erhöhen, dass Arbeitsverdichtung, Verantwortungsverschiebung und Berufsabwanderung weiter zunehmen.

Psychische Belastung nicht unterschätzen

In der Diskussion wird zudem die psychische Belastung der Pflegefachassistent:innen häufig unterschätzt. Wenn Mitarbeiter:innen Tätigkeiten übernehmen sollen, für die sie ursprünglich weder ausgebildet noch vorgesehen waren, entstehen Unsicherheit, Haftungsängste, moralischer Stress und das Risiko fachlicher Überforderung.

Langfristig könnten höhere Burnout-Raten, sinkende Arbeitszufriedenheit, Berufsunflucht und eine Verschlechterung der Versorgungsqualität die Folge sein.

Patientensicherheit muss Vorrang haben

Die aktuelle Debatte verdeutlicht einen Zielkonflikt: Einerseits soll Pflegepersonal entlastet werden, andererseits sollen risikobehaftete Tätigkeiten auf Berufsgruppen übertragen werden, deren Ausbildung dafür derzeit nicht ausgelegt ist.

Eine Erweiterung von Berufsbildern kann sinnvoll sein – jedoch nur in Verbindung mit einer Ausbildungsreform, zusätzlichen Qualifikationen, klaren Verantwortungsregelungen, ausreichenden personellen Ressourcen und angemessener finanzieller Anerkennung.

Neue Kompetenzen sollten erst dann dauerhaft übertragen werden, wenn die Ausbildung entsprechend angepasst wurde. Kompetenz, Ausbildung und Verantwortung müssen zusammenpassen. Nur so können Mitarbeiter:innen, Patient:innen und die Qualität der Versorgung nachhaltig geschützt werden. ●

Reinhard Waldhör
gewinnt wieder-
holt das Vertrauen
für die kommende
Funktionsperiode.



Reinhard Waldhör zum Vorsitzenden der GÖD-Gesundheitsgewerkschaft wiedergewählt

Am 13. Mai haben 114 Delegierte aus acht Bundesländern den Fahrplan für die nächsten fünf Jahre der GÖD-Gesundheitsgewerkschaft festgelegt. Reinhard Waldhör wurde erneut zum Bundesvorsitzenden gewählt.

„Die letzten fünf Jahre waren von Situationen geprägt, die wir im Bereich des Gesundheits- und Pflegepersonals nie erlebt haben. Dass wir in Zeiten von Pandemie und nie dage-

wesenen Sparmaßnahmen im Bund so erfolgreiche Arbeit geleistet haben, spricht für unsere innergewerkschaftliche Zusammenarbeit“, so Waldhör.

GÖD-Vorsitzender Mag. Dr. Eckehard Quin würdigte die Arbeit der letzten fünf Jahre: „Gewerkschaften hören zu und übersetzen individuelle Sorgen in kollektives Handeln. Die Funktionär:innen der GÖD-Gesundheitsgewerkschaft sind dabei ein Vorbild für viele andere. Demokratie lebt von Haltung, nicht von Bequemlichkeit – diese Haltung zeigt sich darin, für andere einzustehen und nicht nur für sich selbst.“

Waldhör sieht die Wiederwahl als Auftrag für die Zukunft: „So schön die Erfolge der Vergangenheit auch sind, die Arbeit wird uns in den nächsten fünf Jahren nicht ausgehen. Es gibt viele Themen,

wie die Schwerarbeit oder den Pflegebonus über 2028 hinaus, bei denen wir laut sein werden. Denn wenn wir im Gesundheits- und Pflegebereich den Sparstift ansetzen, werden wir alle gemeinsam die Rechnung bezahlen.“

„Demokratie lebt vom Miteinander – und genau dieses Miteinander wollen wir auch in Zukunft weiter stärken“, betont Waldhör. „Die erfolgreiche überfraktionelle und übergewerkschaftliche Zusammenarbeit ist für uns kein Selbstzweck, sondern die Grundlage dafür, die Interessen der Beschäftigten im öffentlichen Gesundheitssystem wirksam zu vertreten.“ ●

Deine Ansprechpartner:innen in der Gesundheitsgewerkschaft

BUNDESLEITUNG		
Reinhard Waldhör	Vorsitzender	reinhard.waldhoer@goed.at
Franz Hamedinger	Vorsitzender-Stellvertreter	franz.hamedinger@my.goed.at
Michael Kraxner	Vorsitzender-Stellvertreter	michael.kraxner@kabeg.at
LANDESVORSITZENDE		
Karl Streicher	Niederösterreich	karl.streicher@goed.at
Mag. ^a Stefanie Wimmer	Oberösterreich	stefanie.wimmer@ooeg.at
Josef Alfred Peterszel	Burgenland	josefalfred.peterszel@my.goed.at
Dr. Michael Tripolt	Steiermark	michael.tripolt@my.goed.at
Claudia Brandstötter	Salzburg	c.brandstoetter@salk.at
Michael Kraxner	Kärnten	michael.kraxner@kabeg.at
Birgit Seidl	Tirol	birgit.seidl@my.goed.at
Thomas Steurer	Vorarlberg	thomas.steurer@my.goed.at

Telefonische Adressenberichtigung: 01/534 54-139

Österreichische Post AG • MZ 17Z040987 M • GÖD, Teinfaltstraße 7, 1010 Wien • nicht retournieren

Name

Straße

Nr.

Postleitzahl

Ort